

AFI: 10 Wege für ein sozialeres Südtirol

INITIATIVE: Arbeitsförderungsinstitut stellt „Agenda Welfare 2030“ vor

BOZEN (sor). Das Arbeitsförderungsinstitut (AFI) schlägt 10 Maßnahmen für die Südtiroler Sozialpolitik der Zukunft vor. Diese Vorschläge seien im Zuge einer aktuellen Studie zum Südtiroler Wohlfahrtsstaat herangereift, die sich auf „die Erfahrung der heimischen Experten und der Gewerkschaften stützt“, hieß es im Rahmen der Vorstellung der „Agenda Welfare 2030“.

„Wohlfahrtssystem gut, aber Raum für Optimierungen“

„Mit der Agenda möchte das AFI Entscheidungsträger und Fachkräfte einladen, neue Wege einzuschlagen, um das Südtiroler Sozialsystem weiterhin an der Spitze zu halten“, sagte die Vizedirektorin des AFI, Silvia Vogliotti, die zusammen mit

Nicola Simonetti die Studie erarbeitet hat.

Es sei ein Sozialsystem der Avantgarde, das sich das Land Südtirol bisher aufgebaut habe, betonte Vogliotti. Dank der autonomen Zuständigkeiten und der eigenen Finanzierung, aber auch dank einer weitsichtigen und guten Verwaltung des Gemeinwesens, sei es gelungen, der Bevölkerung einen hoch entwickelten und differenzierten sozialen Schutz zu bieten. Doch es gebe Spielraum für Optimierungen, so Vogliotti.

Daher regt das Arbeitsförderungsinstitut unter anderem an, eine Plattform für alle Akteure des Sozialbereichs zu schaffen, mehr in soziale Berufe zu investieren und den öffentlichen Gesundheitsdienst zu verteidigen (siehe nebenstehende Fact-Box).

© Alle Rechte vorbehalten

ZUM THEMA

Was das AFI vorschlägt

- ▶ **Mehr soziale Innovation:** Innovation braucht es auch im Sozialen: Neue Ideen und neue Dienste verbessern den Wohlfahrtsstaat.
- ▶ **Mehr Dialog:** Es muss eine Plattform bzw. ein Netzwerk geschaffen werden, das alle Akteure des Sozialbereiches verbindet, ihre Zuständigkeiten aufwertet und die Zusammenarbeit anregt.
- ▶ **Mehr Schutz:** Die Vereinfachung und Zusammenlegung von Sozialleistungen baut den Schutz für die Schwächeren aus und verringert bürokratischen Aufwand.
- ▶ **Mehr in soziale Berufe investieren:** Die Arbeitsbedingungen und das Image der sozialen Berufe müssen verbessert werden, um der immer wichtiger werdenden Funktion der Pflegekraft Anerkennung zu geben.
- ▶ **Recht auf einen Platz im Kinderhort:** Es sollte die

Möglichkeit in Betracht gezogen werden, ein Recht auf Kinderbetreuungsdienste im Vorschulalter einzuführen.

- ▶ **Das Pflegegeld auf klare Grundlagen stellen:** Der Bezug von Pflegegeld sollte an einen regulären Arbeitsvertrag mit einer Pflegekraft gekoppelt und bemessen sein. Das würde die Einzahlung der Sozialbeiträge für die Pflegekräfte sichern und die Schwarzarbeit reduzieren.
- ▶ **Den öffentlichen Gesundheitsdienst verteidigen:** Der gesamtstaatliche Gesundheitsdienst basiert auf freier Zugänglichkeit, Gleichberechtigung, Transparenz und hohen Behandlungsstandards. Bislang konnten diese Kriterien nicht alle gleich gut verwirklicht werden, was aber nicht eine Entmantelung des Systems rechtfertigt, sondern im Gegenteil dessen Verteidigung notwendig macht.
- ▶ **„Nach uns“:** Es braucht Lösungen, um beeinträchtigten Menschen ein würdevolles

Leben zu gewährleisten, auch nach dem Tod der Eltern. Dazu dient ein Wohnangebot auf Maß mit Heimen und Wohngemeinschaften.

- ▶ **Wohnangebot schaffen:** Um den Grundwohnbedarf zu sichern, muss auch der Sozialwohnbau sein Angebot erweitern. Es könnten zum Beispiel aufgelassene Militärräume in Siedlungsräume umgewandelt werden. Um die Wohnungspreise zu reduzieren, wären mittel- oder langfristige öffentliche Beiträge abzuschaffen, die viele für einen Auslöser des Preisanstieges halten.
- ▶ **Einheits-Scheck für die Grundsicherung:** Im Sinne der Vereinfachung sollten die Leistungen der finanziellen Sozialhilfe nicht mit getrennten Teilbeträgen und Zahlungen, sondern mit einem einzigen Grundsicherungs-Scheck nach Trentiner Vorbild ausgeschüttet werden. ©

